

spotlight europe

2007/09 – Dezember 2007

Was jetzt? Eckpunkte einer neuen Kosovopolitik der EU

Armando García Schmidt

Bertelsmann Stiftung, armando.garciaschmidt@bertelsmann.de

Dominik Tolksdorf

Centrum für angewandte Politikforschung, dominik.tolksdorf@lrz.uni-muenchen.de

Die Kosovo-Frage kann kaum mehr einvernehmlich gelöst werden. Vieles deutet darauf hin, dass die Kosovaren durch eine Unabhängigkeitserklärung neue Tatsachen schaffen werden. Der Kosovo-Konflikt gefährdet die Stabilität und Transformationsdynamik der ganzen Region. Die EU muss nun ihre ganze Macht einsetzen, weiter Druck auf die Beteiligten ausüben und die europäische Perspektive der Region neu definieren.

spotlight europe # 2007/09

Nach Jahren der Diskussion um die Zukunft des Kosovo droht erneut eine ungewollte Dynamik. Am 10. Dezember legte die Balkan-Kontaktgruppe dem UN-Generalsekretär einen Bericht zu ihren letzten Vermittlungsversuchen zwischen Kosovo-Albanern und serbischer Regierung vor. 120 Tage lang hatte ein Dreier-team aus erfahrenen Diplomaten aus EU, USA und Russland versucht, mögliche Punkte des Übereinkommens zwischen den Parteien auszuloten.

Solange verhandelt wurde, konnte die EU keine eigenen Lösungsvorschläge machen. Nach dem 10. Dezember ist die Union frei, eigene Wegmarken zu definieren und sie mit ihrem politischen Gewicht einzubringen.

Die Signale der EU müssen rasch kommen und sie müssen deutlich sein, denn die Ereignisse könnten sich schnell zuspitzen: So erklärte Kosovo-Premier Agim Ceku schon vor Monaten, dass das kosovarische Parlament unabhängig vom Ausgang der Gespräche bis zum Jahresende die Unabhängigkeit ausrufen werde. Auch sein designierter Nachfolger Hashim Thaci, früheres Führungsmittglied der Kosovo-Befreiungsarmee (UCK), erklärte nach dem Wahlsieg seiner Demokratischen Partei bei den Parlamentswahlen im November 2007, dass nun eine neue Ära beginnen werde. Die serbische Regierung droht für den Fall einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung bereits mit weit reichenden Konsequenzen.

Was bisher geschah

Die Frage nach dem Status des Kosovo steht seit Jahren auf der Agenda der internationalen Gemeinschaft. Anfang 2006 wurde der Startschuss zu Verhandlungen zwischen Kosovo-Albanern und serbischer Regierung unter Leitung des [UN-Sondergesandten Martti Ahtisaari](#) begonnen. Als diese nach 14 Monaten zu keinem Ergebnis führten, legte der ehemalige finnische Präsident im Februar 2007 einen [Lösungsvorschlag](#) vor, der eine überwachte Unabhängigkeit mit eingeschränkter Souveränität für das Kosovo vorsieht.

Ein starker internationaler Repräsentant, der einer EU-Mission vorsteht, die die [bisherige UN-Mission](#) ablöst, soll die Umsetzung des Vorschlags überwachen und, wenn notwendig, in die kosovarische Tagespolitik eingreifen. Außerdem sieht Ahtisaaris Vorschlag den weiteren Ausbau eines demokratischen Rechtsstaats mit dezentralen Strukturen und gesicherten Minderheitenrechten sowie einen umfassenden Schutz für die über das Kosovo verstreuten serbisch-orthodoxen Kulturgüter vor. Da der Plan auch das Recht des Kosovos vorsieht, internationale Abkommen zu schließen sowie die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen zu beantragen, handelt es sich de facto um einen Fahrplan hin zur Eigenstaatlichkeit.

Während die Kosovo-Albaner dem Vorschlag zustimmten, lehnte ihn die serbische Regierung ab. Unterstützung erhielt Belgrad aus Moskau, das das vorgeschlagene Prozedere hin zur konditionierten Unabhängigkeit im UN-Sicherheitsrat blockierte.

Nachdem im Sommer 2007 klar wurde, dass der Ahtisaari-Vorschlag den Sicher-

heitsrat nicht passieren würde, wurde auf Initiative der Balkan-Kontaktgruppe Anfang August 2007 eine neue Gesprächsrunde angesetzt. Die Troika aus Vertretern der EU, USA und Russland sollte vor allem dazu dienen, Kosovo-Albanern und Serben noch einmal die Möglichkeit zu einer Kompromisslösung zu geben.

DIE KOSOVO-FRAGE SEIT 1999

Troika-Gespräche	10. DEZ. '07	Bericht der Troika an den UN-Generalsekretär
	NOV. '07	Dritte Parlamentswahl. Hashim Thaci siegt mit PDK.
	AUG. '07	UN-Generalsekretär setzt auf Initiative der Kontaktgruppe neue Gesprächsrunde unter Führung einer Troika EU / USA / Russland an.
Ahtisaari-Initiative	JUL. '07	Ahtisaari-Plan wird aufgegeben , nachdem Russland mit einem Veto im UN-Sicherheitsrat droht.
	MÄR. '07	Vorschlag Ahtisaari im Abschlussbericht: „überwachte Unabhängigkeit“ . USA, EU und NATO unterstützen den Plan. Zustimmung der Kosovo-Albaner, Ablehnung der serbischen Regierung
	FEB.-SEP. '06	Zehn Serbisch-Kosovarische Treffen unter Moderation von Ahtisaari
	JAN. '06	Kontaktgruppe stellt Parameter für den Statusprozess und die Statuslösung auf .
	OKT. '05	UN-Sicherheitsrat beschließt die Aufnahme von Verhandlungen über die Statusfrage . Martti Ahtisaari soll die Gespräche leiten.
Von 1244 zum Eide-Bericht	SEP. '05	Kai Eide empfiehlt im Bericht an den Generalsekretär der UN die Statusfrage zu klären.
	OKT. '04	Zweite Parlamentswahl
	MÄR. '04	Gewalttätige Ausschreitungen gegen Serben und andere Minderheiten
	DEZ. '03	„Standards-vor-Status“-Politik – Acht Ziele sollen vor dem Beginn von Statusgesprächen erreicht werden.
	NOV. '01	Erste Wahlen zum provisorischen Parlament
	APR. '01	Provisorische Institutionen werden eingerichtet
JUN. '99	Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates setzt die UN-Verwaltung im Kosovo (UNMIK) ein.	

Doch auch diese Gesprächsrunde hat zu keinem einvernehmlichen Ergebnis geführt. Beide Parteien beharrten auf ihren Grundpositionen hinsichtlich des völker-

rechtlichen Status des Kosovo. Doch trotz der ausbleibenden Einigung haben beide Initiativen politisch und psychologisch Ertrag gebracht:

- Inhaltlich und methodisch wurde Substanz geschaffen. Mit dem Ahtisaari-Plan, dem 14-Punkte-Papier der Troika und dem vom Verhandlungsführer der EU, Wolfgang Ischinger, eingebrachten Vorschlag, die zukünftigen Beziehungen an der Methode des deutsch-deutschen Grundlagenvertrags von 1972 zu orientieren, sind von Seiten der internationalen Gemeinschaft Punkte benannt, auf denen die weitere Entwicklung aufbauen kann. Aber auch die serbische Regierung und das so genannte Unity Team der Kosovo-Albaner haben prozedurale und methodische Vorschläge gemacht, die Einfluss auf die künftige Politik haben werden. Zu diesen Vorschlägen gehört nicht nur der von den Kosovaren ins Rennen geschickte Freundschafts- und Kooperationsvertrag, sondern auch die von der serbischen Regierung eingebrachte Taiwan-Lösung oder das so genannte Hongkong-Modell.

„Die Troika hat Substanz geschaffen.“

- Psychologisch betrachtet war vor allem die Troika-Runde eine Dehnübung für beide Parteien. Zwar beharren beide Parteien nach wie vor auf ihren Maximalpositionen. Dennoch sind beide Seiten im Laufe der Gespräche beweglicher geworden und haben auf ihre Weise um praktikable Zugänge und neue Begriffe zur Beschreibung der Realität gerungen. Einen kontinuierlichen und strukturierten Dialog zwischen Kosovo-Albanern und serbischer Regierung hatte es vorher nicht gegeben. Darauf kann nach dem 10. Dezember aufgebaut werden.

- Infolge der Verhandlungsprozesse ist es innerhalb der EU zu einer stärkeren Sensibilisierung mit Blick auf die Kosovofrage gekommen. Vor allem jene Mitgliedstaaten, deren Außen- und Europapolitik traditionell keine Schwerpunkte in

Südosteuropa setzt, mussten erst von der Relevanz des Themas für die europäische Staatengemeinschaft überzeugt werden. Heute gibt es über die europäischen Mitglieder der Kontaktgruppe hinaus in der EU eine breite Akzeptanz dafür, dass das Thema ein europäisches ist und die EU Verantwortung für den Prozess trägt.

II

Interessenkonstellationen und Risiken

Auch wenn die Gesprächsrunden nützlich waren, endeten sie offen. Das Ideal – eine einvernehmliche Lösung – war unter den gegebenen Umständen nicht erreichbar. Der von Kai Eide 2005 angemahnte und dann von den Vereinten Nationen in Gang gesetzte politische Prozess droht sich nun in eine völlig andere Richtung zu verselbständigen.

Noch in der Endphase der Trio-Gespräche fanden [im November 2007 Wahlen zum provisorischen Parlament des Kosovo](#) statt. Auch wenn die Beteiligung an der Wahl zum provisorischen Parlament mit 45 Prozent äußerst gering war und der Großteil der serbischen Bevölkerung des Kosovo die Wahlen boykottierte, wird das demokratisch legitimierte Gremium nach seiner Konstituierung agieren wollen.

Die Kosovo-albanischen Parteien fürchten, das von ihnen als günstig eingeschätzte Momentum zu verlieren. Sie werden jetzt von den USA unterstützt. Auch befürwortet eine breiter gewordene Front westlicher Staaten, die Statusdebatte mit einer deutlichen Entscheidung zu beenden.

Eine unabgestimmte und einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo würde etliche Unwägbarkeiten bergen: Wird die Frage nach Anerkennung in dieser Form auf die Spitze getrieben, werden Belgrad und Moskau den Zugang des Kosovo zu internationalen Institutionen auf unabsehbare Zeit blockieren. Eine Gegenreaktion des

faktisch von Belgrad aus regierten Nordteils und eine Teilung entlang ethnischer Grenzen kann ebenfalls eine Folge sein, die dankbare Nachahmer auf dem Balkan und andernorts finden könnte. Ob unter diesen Voraussetzungen ein rechtlich und politisch sattelfester Rahmen für die geplante EU-Mission eingerichtet werden kann, ist fraglich.

In Belgrad herrscht unter dem Großteil der politischen Elite Einigkeit darin, dass dem Kosovo nur eine weit reichende Autonomie zugestanden werden kann. Erst 2006 wurde der Anspruch auf das Kosovo in der neuen Verfassung festgeschrieben. Die Demokratische Partei (DS) von Präsident Boris Tadic tendiert zwar zu einem konstruktiven Umgang mit der Kosovo-Frage. Der innenpolitische Druck ist jedoch groß.

Nicht nur die Radikale Partei, die seit den Wahlen zu Beginn des Jahres 2007 wieder stärkste Kraft im Parlament ist, sondern auch die Partei des Regierungschefs Vojislav Kostunica überhöhen das Kosovo-Problem zur Schicksalsfrage der Nation. Die serbische Regierung fordert die Fortsetzung der Gespräche.

Eine Lösung, die Serbien akzeptieren würde, so Regierungschef Kostunica, könne nur im UN-Sicherheitsrat getroffen werden. Für den Fall einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo droht die Regierung mit Konsequenzen, die von einem Handelsembargo, über die Schließung der Grenzen und das Einstellen der Strom-

lieferungen bis hin zur bereits beschriebenen provozierten Teilung des Kosovo reichen.

Die Folgen, die eine sofortige Anerkennung des Kosovo durch die USA und europäischen Staaten für die serbische Innenpolitik hätte, sind unabsehbar. Sollte die Unabhängigkeit unilateral noch vor den im Februar stattfindenden serbischen Präsidentschaftswahlen ausgerufen werden,



können die demokratischen Kräfte und damit der serbische Transformationsprozess insgesamt großen Schaden erleiden.

III

Die USA und Russland

Nicht allein Prishtina und Belgrad tragen in den kommenden Tagen Verantwortung. Gerade die anhaltenden Interessendivergenzen zwischen den USA und Russland wirken sich negativ auf eine konstruktive Konfliktregelung aus.

Die USA befürworten eine Unabhängigkeit des Kosovo. US-Präsident Bush sprach sich noch anlässlich eines Besuchs in Tirana im Juni 2007 gegen einen „endlosen Dialog“ aus. Und so mehren sich die Stimmen aus

Washington, der Westen müsse das Kosovo notfalls am UN-Sicherheitsrat vorbei anerkennen. Die Interessen der derzeitigen Regierung sind unverkennbar: Präsident Bush braucht vor dem Ende seiner Amtszeit noch erkennbare außenpolitische Erfolge. Zudem setzt Washington auf eine weitere Reduzierung der US-Truppen in Südosteuropa. Dazu muss es aber zu einer Stabilisierung der Region kommen, die – so die Annahme – nur auf Grundlage einfacher Lösungen möglich ist.

Wichtig ist in US-amerikanischen Überlegungen auch die Tatsache, dass die mehrheitlich muslimischen Kosovo-Albaner als eine der US-freundlichsten Bevölkerungsgruppen weltweit gelten und in ihren Erwartungen nicht enttäuscht werden sollen.

Russlands geostrategisches Interesse am westlichen Balkan ist begrenzt, auch wenn russische Unternehmen zunehmend in der Region investieren. Offiziell erklärt die russische Regierung, dass sie nur einer Lösung zustimmen wird, die auch von Serbien akzeptiert wird. Doch Moskau nutzt die gegenwärtige Situation vor allem dazu, sich als Akteur auf der Weltbühne zu positionieren. Ob es um den Iran oder den Raketenabwehrschild in Osteuropa geht: Russland meldet seinen Weltmachtanspruch an.

„Russland hat begrenztes geostrategisches Interesse am westlichen Balkan.“

Dass die USA seit der Implosion der Sowjetunion Russland bei wichtigen weltpolitischen Entscheidungen mehrfach übergingen, macht die russische Reaktion nachvollziehbar, Moskau aber zu keinem einfacheren Partner. Kurz vor Abschluss der Trio-Gespräche betonte der russische Vermittler Alexander Bozhanov, dass nur eine einvernehmliche Kompromisslösung „nachhaltig“ sei und forderte die Verlängerung der Gespräche.

IV

Eckpunkte einer neuen EU-Politik

Vor dem Hintergrund der Interessenkonstellation ist davon auszugehen, dass der UN-Sicherheitsrat (der sich am 19. Dezember mit dem Thema befassen kann) in den kommenden Monaten als Akteur ebenso ausfallen wird wie die Kontaktgruppe. Hier wie da wird Russland weitere Verhandlungen fordern und auf den Widerstand vor allem der USA stoßen.

Die EU wird damit – ob willentlich oder nicht – vom 10. Dezember an zum Hauptakteur. An ihrem Engagement und Geschick liegt es, ob der Konflikt sich festfährt oder ob ein Rahmen gefunden wird, der es Serbien und dem Kosovo erlaubt, friedlich zu koexistieren und die Stabilität in der Region gewahrt wird. Zentrale Aufgabe der EU ist es, den nun anlaufenden Prozess einzuhegen.

Richtungweisend muss der Europäische Rat am 14. Dezember sein. Er muss nicht die Sicherheitsratssitzung vom 19. Dezember abwarten. Die Signale, die vom europäischen Gipfel ausgehen, sind entscheidend für die Zukunft der Region. An vier Punkten muss sich das Handeln der EU orientieren.

- *Abgestimmte Status-Erklärung einfordern:* Der Rat sollte deutlich machen, dass die Kosovo-Albaner nicht mit Unterstützung rechnen können, sobald sie einseitige und unabgestimmte Schritte einleiten. Eine Erklärung des kosovarischen Parlaments zum Status des Kosovo wird sich nicht verhindern lassen. Form und Substanz der Erklärung sind jedoch ausschlaggebend. Es sollte sich um eine politische Willensäußerung handeln, den Ahtisaari-Plan in Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft umzusetzen. Die Erklärung muss eine eindeutige Einladung an die internationale Gemeinschaft sowie an die EU beinhalten, die Sou-

veränität in den kommenden Jahren mitzutragen und im Rahmen des Ahtisaari-Plans mit auszuüben. Die NATO sollte gebeten werden, weiter die Sicherheit im Land zu garantieren.

„Wichtig ist eine gemeinsame EU-Position in der Anerkennungsfrage.“

Auf Grundlage einer solchen Status-Erklärung könnte die EU auch im Rahmen der bestehenden Resolution 1244 die UN-Mission im Kosovo ablösen. Die EU würde die Erklärung offiziell zur Kenntnis nehmen. In der Anerkennungsfrage ist es von zentraler Bedeutung, dass die EU-Mitgliedstaaten sich auf eine gemeinsame Position einigen. Ein Kompromiss zwischen Befürwortern und Gegnern einer Anerkennung könnte darin liegen, in einer Übergangsphase den Aufbau funktionsfähiger kosovarischer Institutionen zu begleiten. Eine gemeinsame Anerkennung könnte dann spätestens bis zum Beginn offizieller EU-Beitrittsverhandlungen stattfinden.

Gleichzeitig darf die Kommunikation mit Serbien nicht abbrechen. Die EU sollte daher darauf drängen, dass die Erklärung die besonderen Beziehungen zu Serbien unterstreicht. Die Erklärung sollte eine Einladung an Serbien beinhalten, Fragen, die Serbien direkt oder die serbische Minderheit und serbische Kulturgüter im Kosovo betreffen, im Dialog zu lösen. Die Status-Erklärung sollte nach den serbischen Präsidentschaftswahlen stattfinden. Es liegt weder im Interesse des Kosovo noch der serbischen Demokratie, dass nationalistische Kräfte das Thema im personalisierten Präsidentschaftswahlkampf zu politischer Münze machen. Genau diese Gefahr droht jetzt.

- *Verantwortung im Kosovo übernehmen:* Die EU muss ihrerseits geschlossen die Bereitschaft signalisieren, die im Rahmen des Ahtisaari-Plans vorgesehene Verantwortung zu übernehmen. Die geplante EU-Mission wird die größte zivile Operation

sein, die im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bisher durchgeführt wurde. Das Mandat im Kosovo wird auch exekutive Polizeiaufgaben sowie Aufgaben im Rechtswesen beinhalten.

Die Probleme des Kosovo sind groß: Die Wirtschaftslage ist nicht nur aufgrund der ungeklärten Statusfrage desolat. So muss sich die EU auch den Themen organisierte Kriminalität und Korruption stellen. Die Frage der Rückführung Vertriebener und der Integration der Minderheiten, vor allem der Serben, in das neue politische und soziale Gemeinwesen ist eine Herkulesaufgabe. Große Anstrengungen müssen in allen Bereichen des Rechtsstaatsaufbaus unternommen werden. Daher ist es von großer Bedeutung, dass die EU für die Aufgaben im Kosovo qualifiziertes Personal stellt. Hier tragen die Mitgliedstaaten die Hauptverantwortung, da sie für die Rekrutierung zuständig sind.

Gleichzeitig muss gesichert werden, dass die EU-Akteure gut zusammenarbeiten, und es hier beispielsweise nicht zu Kompetenzstreitigkeiten zwischen der Kommission und dem Rat unterstehenden Akteuren kommt. Gelingt dies, kann die EU auch bald die Aufgabe der Friedenssicherung von der NATO übernehmen.

- *Europäische Perspektive der Region neu definieren:* Die Bemühungen um eine positive Entwicklung im Kosovo müssen mit einer Neudefinition der EU-Politik in der gesamten Region einhergehen.

Dazu gehört, dass auf Seiten der EU Zugeständnisse an die westlichen Balkanstaaten gemacht werden, die über die bisherigen Instrumente des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses (SAP) hinausgehen. Auch wenn in jedem Schritt in Richtung Beitritt eine nicht zu unterschätzende Symbolik steckt, wird der SAP doch oftmals vor allem als technischer Prozess wahrgenommen. Zu den dringendsten Maßnahmen gehört es, dass auf Seiten der Schengen-Staaten die Visa-

Regime gegenüber Staatsbürgern aus dem westlichen Balkan gelockert werden. Eine konsequente Aufweichung der strikten Visa-Regelungen würde bei vielen Bewohnern der Region das Gefühl verringern, von Europa ausgeschlossen zu sein.

„Beitrittsperspektive für die gesamte Region bekräftigen.“

Daneben muss besonders Serbien die Möglichkeit gegeben werden, weiter an einer positiven europäischen Perspektive zu bauen. Das demokratische Serbien hat sich in den vergangenen Jahren in großen Schritten der EU angenähert. Die EU geht darauf ein, so auch mit den Geldern, die sie aus dem EU-Vorbeitrittsfonds jüngst bereit stellte. Eine symbolisch und substantiell spürbare Aufwertung muss jedoch über solche Instrumente hinausgehen. Am 14. Dezember sollte ein neuer EU-Balkan-Gipfel angedacht werden. Dieser kann von den beiden kommenden Präsidentschaften gemeinsam vorbereitet werden. Slowenen und Franzosen haben ihre je eigenen Zugänge zur Region. Der Gipfel sollte noch 2008 in Belgrad stattfinden. Er sollte zur Bekräftigung der Beitrittsperspektive für die gesamte Region dienen und eine neu geartete Beitritts-

partnerschaft zwischen der EU und den Staaten der Region aufsetzen.

- *Moskau und Washington einbeziehen:* Die Lösung der Kosovofrage ist primär eine europäische Angelegenheit. Die EU trägt bereits heute die größte finanzielle Last. Von Krisen in der Region sind EU-Mitgliedstaaten als erste unmittelbar betroffen. Sowohl den USA als auch Russland muss klar gemacht werden, dass Alleingänge keinen Gewinn bringen.

So sollte die US-Regierung davon überzeugt werden, dass eine einseitig erklärte Unabhängigkeit des Kosovo zu viele Risiken mit sich bringt. Gleichzeitig sollte der russischen Regierung deutlich gemacht werden, dass es nicht beim Status Quo bleiben kann.

Klar sein muss, dass die Region des westlichen Balkan nicht mehr für weltpolitische Machtproben missbraucht werden darf. Sowohl die USA als auch Russland werden weiter in der Region aktiv sein, und die EU braucht sie dort als Partner. Das zentrale Instrument ist und bleibt dabei die Balkan-Kontaktgruppe. Sie sollte auch nach dem Scheitern der letzten gemeinsamen Initiative am Leben erhalten bleiben, denn eine Lösung kann es nur mit Washington und Moskau geben.

Weiterführende Literatur:

Franz-Lothar Altmann, Dusan Reljic, Weiß, Schwarz, Grün. Drei Szenarien für Kosovo nach dem 10. Dezember 2007, SWP-Diskussionspapier, September 2007.

The International Crisis Group, Kosovo Countdown, A Blueprint for Transition, Europe Report N°188, Dezember 2007.

Alina Mungiu-Pippidi, Wim van Meurs, Vladimir Gligorov, Plan B - B for Balkans. State Building and Democratic Institutions in Southeastern Europe, Berlin/Nijmegen/Wien, Oktober 2007.

Dominik Tolksdorf, Implementing the Ahtisaari Proposal – The European Union's Future Role in Kosovo, C-A-P Analyse 1, 2007

Matthias Dembinski, Bruno Schoch, Wider eine einseitige Anerkennung des Kosovos, HSKF-Standpunkt 4/2007

Dominik Tolksdorf, EU-Beitrittsprozess der westlichen Balkanstaaten vor einer ungewissen Zukunft - Vier Szenarien zu den Entwicklungen in Südosteuropa und der EU, C-A-P Analyse 7, 2007.

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung
Carl Bertelsmann Straße 256
D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Dominik Hierlemann
dominik.hierlemann@bertelsmann.de
Telefon +49 5241 81 81537

Joachim Fritz-Vannahme
joachim.vannahme@bertelsmann.de
Telefon +49 5241 81 81421

ISSN 1865-7451

Zuletzt erschienen:

spotlight europe # 2007/08

Europas Finanzen –
Das alte System ist ausgereizt
Wolfgang Schüssel

spotlight europe # 2007/07

Den Weisen einen Rat
*Matthias Chardon, Dominik Hierlemann,
Sarah Seeger*

spotlight europe # 2007/06

A Time to Take Action: Europe's
Responsibility in the Middle East
Almut Möller

**Alle Ausgaben des "spotlight europe"
stehen im Internet als Download bereit:
www.bertelsmann-stiftung.de/spotlight**